



Arbeitslosigkeit in Deutschland

Die jüngste Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist für den April 2020 gegenüber dem März 2020 einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um 308.000 Personen aus. Zugleich liegen Anträge auf Kurzarbeitergeld für über 10 Millionen Personen vor.

Über den dicken Daumen gepeilt, befindet sich damit etwa ein Viertel Erwerbsfähigen in einer Situation erheblicher finanzieller Einschränkungen. Dass das Kurzarbeitergeld nach 7 Monaten Kurzarbeit von 60% auf 80% - mit Kindern auf 87% angehoben werden soll, ist für die Betroffenen ein schwacher Trost, im Grunde nicht einmal ein Licht am Ende des Tunnels. Man könnte Hubertus Heil nun unterstellen, er ginge davon aus, dass im September/Oktober, also zu dem Zeitpunkt, an dem die ersten in den Genuss der Anhebung kommen könnten, die Krise bereits überstanden sein wird, so dass sein Gesetz letztlich überhaupt keine Wirkung entfalten werde. Doch ich fürchte, dass man das nicht unterstellen darf, sondern eher, dass er annimmt, die Krise würde sich noch viele, viele Monate über den Jahreswechsel hinausziehen, und bis dahin wären die letzten Reserven der Familien ebenso aufgezehrt, wie die der Single-Haushalte, so dass die dann (ein Jahr vor den nächsten regulären Bundestagswahlen) stattfindende Erhöhung, wegen der dann weitaus größeren Not mit weitaus größerer Dankbarkeit angenommen werden würde.

Sollte dies das Kalkül sein - und was soll es sonst sein, wenn den meisten abhängig Beschäftigten schon das reguläre Netto gerade reicht, um über die Runden zu kommen, und Olaf Scholz keine Mühe hat, eine Milliarde nach der anderen aus dem Nichts zu generieren - dann fürchte ich: Es wird so nicht aufgehen.

Die meisten in Deutschland lebenden Bürger werden zwar weniger Geld ausgeben, schon alleine weil der Urlaub ausfällt und nicht einmal die Freibäder geöffnet sein werden, aber die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Betroffenen,

werden eben auch kein Urlaubsgeld erhalten (soweit ihnen das nicht sowieso längst gestrichen worden ist).

Wir laufen damit auf eine Situation zu, in der immer mehr Haushalte sich dazu bereitfinden, ihre Miete nicht mehr zu bezahlen. Das schafft Luft. Schon Mitte April wurden 1,6 Millionen Haushalte gezählt, die ihre Mietzahlungen eingestellt haben. Die Regierung hat das erlaubt, aber eben nicht so, dass die Miete nie gezahlt werden müsste, es wurde nur gesetzlich ein allgemeiner Aufschub gewährt. Dass dies nicht die Lösung sein kann, wird sich bald herausstellen. Zumal diese Regelung eine Gerechtigkeitslücke aufweist: Wer die Belastung auf sich genommen hat, sich selbst ein Häuschen zu bauen oder eine Eigentumswohnung zu erwerben und mit allen Einschränkungen gerade so über die Runden kommt, um seine Darlehen zu bedienen, der geht nämlich leer aus, bzw. muss selbst sehen, wie er sich mit den Banken auf einen Zahlungsaufschub einigt.

Aber zurück zu den Mietern. Je länger Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit dauern, und der Zahlungsaufschub bei der Miete (vermutlich auch bei den Nebenkosten), genutzt wird, um das reduzierte Einkommen zu kompensieren, desto höher wächst der Schuldenberg der Mieter an. Gehen wir davon aus, dass die Zeit der Unterbeschäftigung und Unterbezahlung sich nur über 12 Monate erstreckt, dann macht das für den einzelnen Mieter, je nach Wohnungsgröße und Lage, einen Betrag zwischen mindestens 3.500 und 18.000 Euro aus, der anschließend irgendwie abgestottert werden muss - und zwar zusätzlich zur dann wieder regulär zu zahlenden Miete. Insgesamt sprechen wir, wenn es bei 10 Millionen Kurzarbeitern für ein Jahr bleibt, über einen neu angehäuften Schuldenberg von etwa 100 Milliarden Euro, wobei die Vermieter als Gläubiger schon heute wissen, dass sie einen großen Teil ihrer Forderungen werden abschreiben müssen.

Wen trifft das?

Von den 20,8 Mio. Geschosswohnungen befinden sich derzeit (2018) rund 3 Mio. Einheiten (14,4%) im Eigentum von Selbstnutzern und [8,8 Mio. Einheiten \(42,3%\) im Eigentum von privaten Kleinanbietern.](#) 8,9 Mio. Wohneinheiten (ebenfalls 42,3%) aller Geschosswohnungen befinden sich im Besitz von professionellen, gewerblichen Anbietern. Das heißt, von den approximativ 100 Milliarden Mietausfall, entfallen monatlich etwa 3,3 Milliarden auf Menschen, die sich per Immobilienbesitz die fehlenden Rentenpunkte abgesichert haben, und auf solche, die damit gerechnet haben, die Mieter würden ihnen - bis zum eigenen Renteneintritt - beim Abtragen der Schulden in hohem Maße behilflich sein.

Was heißt das für den Konsum?

Die durchschnittlichen Konsumausgaben privater Haushalte lagen in Deutschland 2018 bei rund 20.000 Euro pro Person. Bei gut 80 Millionen Einwohnern also 1,6 Billionen im Jahr, monatlich 133 Milliarden. Das ist gegenüber den 3,3 Milliarden, die für den Konsum ausfallen vermeintlich sehr viel, aber es ist ja nur der Teil, der von den Kleinvermietern zum Umsatzrückgang im Einzelhandel beigetragen wird, nämlich etwa 2 1/4 Prozent. Da der Handel durch die Corona-Krise sowieso belastet ist, kann alleine dieser kleine zusätzliche Umsatzeinbruch genügen, um ein Geschäft vollends unrentabel werden zu lassen.

Nimmt man dann noch den Umsatzausfall hinzu, der entsteht, wenn 10 Millionen Haushalte aus der Kurzarbeit heraus sind und ihre Mietschulden abstottern müssen, wird deutlich, dass das "Gefüge" aus Löhnen, Lebensstandard und Preisen auf Jahre hinaus zerstört ist.

Es wird immer deutlicher, dass wir mit den bestehenden Strukturen des Wirtschaftens und der Liquiditätsbeschaffung und -Verteilung nur immer tiefer in die Krise rutschen werden.

Allerdings halte ich es für den völlig falschen Weg, die gegen den Auslöser der Krise, das SARS-COV-2-Virus, ergriffenen Maßnahmen schnell und zügig zu beenden, weil in einem zu kurzen Gedanken, die Maßnahmen selbst als krisenverursachend angenommen werden und den Politikern, die diese Maßnahmen ergriffen, bzw. verordnet haben, die Schuld an der Krise gegeben wird.

Wer seine Kenntnis über das Virus aus den vielen offen stehenden Quellen bezieht, weiß, dass SARAS-COV-2 nicht nur eine Grippe ist, die mit Schädigungen der oberen Atemwege einhergeht und ggfs. eine Lungenentzündung auslösen kann. Nach meinem - einigermaßen validen Wissenstand - ist die Schadwirkung des Virus längst nicht auf die Lunge beschränkt. Es können grundsätzlich alle Zellen des menschlichen Körpers angegriffen werden, das Virus beeinträchtigt und schädigt das Nervensystem, das Herz, die Blutbahnen, und die Hoffnung darauf, dass Genesene wenigstens für eine gewisse Zeit Immunität erwerben, schwindet jeden Tag ein Stück mehr, weil immer häufiger bereits Genesene erneut positiv getestet werden.

Ein kurzer, rein spekulativer Satz dazu:

Es könnte sein, dass ein Teil der Verantwortlichen weit mehr über das Virus, seine Entstehungsgeschichte, womöglich seinen von Menschen vorgegebenen Zweck, weiß, als - aus gutem Grund - öffentlich zugegeben werden kann. Höchstwahrscheinlich verfügen die "Dienste" über hinreichende Informationen, denn

dass die Arbeiten in den über die Welt verstreuten Hochsicherheits-Bio-Laboren dauerhaft geheim gehalten werden können, ist unwahrscheinlich. Die Tatsache, dass das Virus *mehr kann*, als andere Corona-Viren, ist befremdlich genug.

Ende der Spekulation.

Es kochen derzeit viele ihr Süppchen an der Lockerungsdiskussion, so dass diejenigen, die weiter zur Vorsicht mahnen, in die Defensive gedrängt werden.

Selbst die vielen in den Medien verbreiteten "Geschichten" von den furchtbaren Problemen und dem Leidensdruck, der durch die Kontaktbeschränkungen ausgelöst wird, sind nach meiner Einschätzung "strategische Spielchen" mit der Einstellung der Bevölkerung, um die Zustimmung zur Lockerung zu erreichen und selbst jenen, die nicht unter den Maßnahmen leiden, den Eindruck zu vermitteln, sie hätten nur noch nicht herausgefunden, wie sehr auch sie darunter leiden.

Diese Versuche der Stimmungsmache laufen jedoch alle darauf hinaus, zu Gunsten der "Rendite" ein gewagtes Experiment einzugehen, statt sich ernsthaft die Frage zu stellen, ob es nicht einen anderen Weg gäbe, den Shutdown solange durchzuhalten, bis die Pandemie wirklich beendet ist, und nicht nur im ersten Abklingen steht.

Die Frage, die zu stellen ist, lautet:

Worauf kommt es jetzt an?

Da ist doch zunächst einmal die Eindämmung der Pandemie bei gleichzeitiger Sicherstellung der medizinischen Versorgung, um sowohl jetzt, als auch für die nächste Zukunft, die Zahl der Seuchenopfer zu begrenzen. Im Rang danach, aber immer noch ganz oben, steht die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern und die Sicherstellung der dafür erforderlichen Logistik. Dafür ist, aber eben noch einmal nachrangig, die Aufrechterhaltung der Ordnung durch entsprechend ausgebildete und ausgerüstete Kräfte erforderlich.

Da sich die Verteilung der lebensnotwendigen Güter nach den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Betroffenen richtet, wäre die Zuteilung von Sachleistungen zwar die einfachste Lösung, was sich in vielen Fällen jedoch als kontraproduktiv erweisen würde. Die Zuteilung von Zahlungsmitteln hingegen ließe der freien Entscheidung der einzelnen genügend Raum, um im möglichen finanziellen Rahmen die eigenen Bedürfnisse exakt abzudecken.

Das einfachste Wirtschaftsmodell, um die Krisenzeit zu überstehen, sähe also so aus, dass diejenigen, die durch die Krise soviel ihres Einkommens verloren

haben, dass sie ihren Bedarf nicht decken können, durch den Staat (Der Staat sind wir!) mit einem Zahlungsmittel versorgt werden, das während der Krise Gültigkeit hat. Die Unternehmen und Behörden, die weiterarbeiten, weil ihre Arbeit für die Bereitstellung des Notwendigen erforderlich ist, bezahlen ihre Lieferanten und Beschäftigten im Inland aus ihren Umsätzen mit Notgeld. Importe werden nur noch in geringem Maße, wenn überhaupt erforderlich sein, und die Zentralbank wäre im Zweifelsfall in der Lage, Notgeld in Devisen umzutauschen. Die Einkommensschwachen werden in vernünftigem Maße mit Notgeld versorgt. Es entsteht ein minimaler, aber ausreichender und lebenserhaltender Wirtschaftskreislauf. Alle komplizierten Detailfragen, die dazu auftreten, sind lösbar. Der Wunsch nach allem, was nicht zur Lebenserhaltung erforderlich ist, muss bis nach der Überwindung der Pandemie zurückgestellt werden.

Ein bisschen Ironie darf nicht fehlen: Mit diesem minimalen Wirtschaftsmodell wäre der von links immer wieder geäußerte Wunsch nach absoluter Gleichheit aller Menschen so gut wie erfüllt. Es soll aber nur dazu dienen, nach der Krise, die Unterschiede wieder möglich zu machen.

Ernsthaft:

Gelänge es, die Zustimmung einer Mehrheit der Demokraten zu diesem Vorgehen zu gewinnen, ein totaler Lockdown könnte das Virus auf dem Boden der Bundesrepublik innerhalb von maximal drei Monaten vollständig ausrotten.

Alle Verpflichtungen aus laufenden Miet-, Pacht- und Kreditverträgen, etc., könnten für die Zeit des Lockdowns vollständig ruhen, das heißt: ersatzlos ausfallen, weil niemand zum Zwecke der Aufrechterhaltung seines Lebensunterhaltes auf solche Einnahmen angewiesen wäre. Je schneller und je vollständiger alle notwendigen Maßnahmen zur Ausrottung der Seuche ergriffen werden, desto geringer der Ausfall an Forderungen. Um es noch einmal deutlicher zu sagen: Jedes vorschnelle Experimentieren verlängert die Krise nur und vergrößert die Ausfälle.

Sobald festgestellt ist: Deutschland ist Corona-frei, wird das Notgeld wieder eingezogen und, soweit es sich in den Kassen von Unternehmen angesammelt hat, die dafür Leistungen erbracht haben, in Euro umgetauscht.

Ob ich daran gedacht habe, dass dann die Grenzen dichtgemacht werden müssen? Dass nach der Ausrottung in Deutschland jeder, der herein will für mindestens drei Wochen in Quarantäne muss? Ja, ich habe daran gedacht, und gehofft, dass dies als ganz und gar selbstverständlich, weil unumgänglich angesehen wird.

Ob ich daran gedacht habe, dass doch sowieso schon ein Großteil der Bevölkerung immun sein muss und es doch auch schon im Herbst den Impfstoff von den Briten geben wird? Daran gedacht habe ich, doch habe ich beides vollständig ausgeblendet, weil sich beides nur auf Hoffnungen gründet und mit der Hoffnung auf Immunität und einen Impfstoff nur weitere kostbare Zeit verschwendet wird.

Ob ich ein Fan von Angela, Merkel, Jens Spahn und Markus Söder bin?

Nein, ganz gewiss nicht. Aber nur, weil meine grundsätzlichen politischen Einstellungen nicht mit den Zielen und Absichten von Union und SPD übereinstimmen, werde ich nicht reflexartig Zeter und Mordio schreien, wenn ich zu der Auffassung gelange, dass die manchmal tatsächlich auch die richtigen Entscheidungen treffen. Und ich werde nicht aufhören, gegen die Laschets und Weidels und Lindners zu opponieren, wenn ich annehme, dass sie Probleme übers Knie brechen wollen, die man auch weitgehend zerstörungsfrei und schneller lösen könnte.

Ob ich daran gedacht hätte, dass es sich um eine Verschwörung aller "üblichen Verdächtigen" handelt, die per Virus die Weltherrschaft errichten wollen?

Sicherlich, das Internet ist ja voll davon. Doch meine ich eben, ein vernünftiger Plan zur Überwindung des Virus, der auch durchgesetzt wird, schützt weitaus besser auch vor der Weltherrschaft, als jede in die Welt gesetzte Verschwörungstheorie ohne jeglichen brauchbaren Plan für den Widerstand.

Bleiben Sie gesund. Auch im Kopf.